

## **Erklärung der Delegation "Mütter für den Frieden" anlässlich der drohenden Invasion Nordsyriens durch die Türkei**

Seit Beginn des Krieges in Syrien berichten westliche Medien über Kämpfe, Zerstörung und Massaker. Erst vor wenigen Tagen hat die internationale Presse über die Entscheidung von Präsident Trump berichtet, der Türkei grünes Licht für die Invasion Nordsyriens zu geben, wodurch der nun in sein neuntes Jahr eingetretene Konflikt dort weiter massiv eskalieren kann. Dieselbe Presse hat jedoch kaum je die demokratische soziale Revolution erwähnt, die seit 2012 im Norden dieses leidenden Landes stattfindet.

Vor einem Jahr, im Oktober 2018, besuchten wir, eine Gruppe von sieben Frauen aus vier europäischen Ländern, Nordsyrien – genauer, die unter dem kurdischen Namen Rojava bekannte Region - mit Unterstützung von (Frauen-)Organisationen aus unseren Herkunftsländern. Unser Ziel war es zum einen, die sozialen Veränderungen in Rojava, die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter unter der Federführung von Frauenorganisationen und die Situation der Vertriebenen in Afrin aus erster Hand kennenzulernen. Dank der Großzügigkeit und des Engagements unserer Gastgeber wurden uns in all diesen Bereichen eindrucksvolle Einblicke gewährt. So war es uns ein Herzensanliegen, nach unserer Rückkehr das Gelernte zu teilen und Solidaritätsnetze mit der Bevölkerung Nordsyriens aufzubauen. Es ist allen klar, dass hierfür ein langer Atem nötig ist. Seit unserem Besuch in Rojava gab es bedeutende Ereignisse in der Region, und das zweifellos bedeutendste war die Niederlage des Islamischen Staates (IS). Zwölftausend junge Menschen haben ihr Leben gegeben, um die Welt von dessen Terror und Unmenschlichkeit zu befreien. Endlose Friedhöfe, ähnlich wie in Verdun, zeugen davon. Nun steht dieses geopfert Volk allein und ohne Unterstützung von außen vor der gewaltigen Aufgabe, das Lager Al Hol zu unterhalten, in dem mehr als 70.000 IS-Kämpfer und ihre Familien leben, viele von ihnen Ausländer, deren Herkunftsländer sich weigern, Verantwortung für ihre Bürger zu übernehmen, die dem Kalifat beigetreten sind. Die Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (ADNES) unternimmt alle Anstrengungen, um eine Lösung für diese humanitäre Krise zu finden, und startet gleichzeitig eine Kampagne für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs, um die Verbrechen des IS zu verhandeln. Die Menschen in Nordsyrien wissen, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann.

Wenn dieses Jahr in Rojava von etwas geprägt war, dann von der immer wiederkehrenden und heimtückischen Bedrohung durch die Türkei. Nun hat Präsident Trump aktuell grünes Licht für die Operation zur Vernichtung Rojavas durch den türkischen Staat gegeben. Eine Invasion scheint unmittelbar bevorzustehen.

Präsident Erdogan betont die Notwendigkeit einer Sicherheitszone südlich der syrisch-türkischen Grenze und beschuldigt die syrischen demokratischen Kräfte (SDF) des Terrorismus. Sie jedoch waren es, die den IS niedergekämpft haben, jenen IS, dessen Kämpfern die Türkei selbst dereinst den Zugang zum Kalifat ermöglicht und sie mit Waffen ausgestattet hat. Heute bewaffnet und unterstützt die Türkei die dschihadistischen Horden, die Afrin besetzt halten, und damit einen Exodus von mehr als 200.000 Menschen auslösten.

Es ist nicht der angebliche Terrorismus, der Erdogan beunruhigt, sondern die Furcht davor, dass durch den Erfolg der demokratischen Bewegung in Rojava der Funke der Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung auf das kurdisch-türkische Volk überspringt. Um einen Keil zwischen die kurdischen Volksteile zu treiben strebt er einen demografischen Wandel in Nordsyrien an - die brutale Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und die Wiederbevölkerung mit syrischen Flüchtlingen arabischer Herkunft. Dies ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Einsetzung eines Verfassungsausschusses unter der Schirmherrschaft der UNO, der mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Syrien beauftragt ist, mag wie ein Schritt zum Ende des Konflikts erscheinen, aber das Veto der Türkei gegen die Aufnahme von ADNES in diesen Ausschuss schließt die Tür zu einer echten Versöhnung. Die SDF kontrollieren 30 % des syrischen Territoriums und haben gezeigt, dass in den von ihnen befreiten Gebieten eine neue Organisationsform geschaffen wird, demokratisch, integrativ, gleichberechtigt - Geschlechtergleichstellung in den

Verantwortungsrollen - fokussiert auf die Lösung der täglichen Probleme der Bevölkerung durch Selbstverwaltung. Ohne die Beteiligung aller in Syrien wirkenden Kräfte werden die vom Verfassungsausschuss gefassten Beschlüsse unvollständig und damit wirkungslos sein.

Die Menschen in Nordsyrien wünschen sich eine demokratische Nation, und dafür haben sie Institutionen geschaffen, in der die verantwortlichen Stellen paritätisch besetzt sind im Sinne einer Stabilität garantierenden Schmelztiegels der Ethnien und Religionen der dortigen Gesellschaft. Dieser radikale Wandel geht zu einem großen Teil von den Frauen aus, die sich zudem kraftvoll für die Überwindung des Patriarchats und die Geschlechtergleichstellung einsetzen.

Trotz der Schwierigkeiten, die sich aus dem Krieg, der Zerstörung der Infrastrukturen, der Erschöpfung der Felder und der Feindseligkeit der Nachbarländer ergeben, arbeitet die Bevölkerung von Rojava darüber hinaus am Aufbau einer ökologischen Gesellschaft, mit dem Ziel, das Land nachhaltig wieder aufzubauen, die Bildung zu fördern und die je eigene Kultur zu bewahren: Eckpfeiler für ein künftiges Zusammenleben in ganz Syrien.

Demokratie, Inklusion, Parität und Naturverbundenheit sind die Ziele der Menschen in Nordsyrien. Nach sieben langen, mühevollen Jahren des Aufbaus zeigen sich erste Früchte und diese werden sich die Menschen nicht wieder nehmen lassen. Wenn sie angegriffen werden, werden sie sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Sie werden es halten wie die Rose: Sie entwickelt Dornen, um sich zu schützen, nicht um anzugreifen.

Als Frauen und Mütter, Augenzeuginnen der sozialen Fortschritte, die sich im ADNES entwickeln, und Verteidigerinnen eines freien Lebens in Gleichheit, wenden wir uns an feministische Organisationen und Frauenverbände sowie an alle Menschen, die immer noch glauben, dass eine gerechte und friedliche Gesellschaft möglich ist:

- Wir appellieren an Regierungen und politische Institutionen, die Invasion der türkischen Regierung in Nordsyrien zu verurteilen,
- die kriegerische Haltung von Präsident Erdogan gegen das kurdische Volk anzuprangern und ein Ende der Besetzung Afrins und die Rückkehr der von dort vertriebenen Bevölkerung in ihre Heimat zu erwirken;
- Wir bitten darum, die Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens ADNES bei der Bekämpfung des IS-Terrorismus zu unterstützen.
- Wir bitten die internationalen Institutionen um Hilfe zur Unterstützung des Lagers Al Hol und zur Einrichtung eines internationalen Tribunals zur Verurteilung von IS-Verbrechen;
- Wir bitten die Vereinten Nationen, sich für die Aufnahme des Syrischen Demokratischen Rates in den Syrischen Verfassungsausschuss einzusetzen, um einen Konsens zu erzielen, der dem Blutvergießen in Syrien ein Ende setzt und eine demokratische und integrative Verfassung schafft.

Gib dem Frieden eine Chance!

Nein zur Invasion der Türkei in Nordsyrien!

Jin, Jiyan, Azadi! - Frau, Leben, Freiheit